

kabinett) verbleiben und dort im Lesesaal den Forschern jederzeit gebührenfrei zur Verfügung stehen. Damit würde in Westdeutschland die Münzforschung ihre Fundquellen in einer Form bereitgestellt haben, wie dies wohl in keinem anderen Land der Fall ist.

Wir bringen den Fachgenossen der Geschichtswissenschaft, insbesondere denjenigen mit dem Spezialgebiet des deutschen Ostens, diese Tatsachen zur Kenntnis. Wir knüpfen daran die Bitte um Nachricht, falls an abgelegener Stelle des Schrifttums oder in Archivalien Fundberichte entdeckt werden sollten. Anschrift: Numismatische Kommission, Hamburg 36, Holstenwall 24. Walter Hävernick

Zur Lage der deutschen Volksgruppe in Polen vor dem Zweiten Weltkriege

Da Herr Senator a. D. E. Hasbach in seinem Bericht zu obigem Thema (ZfO. I, S. 262—264) sich nur auf sein Gedächtnis hat stützen können, teile ich im folgenden eine Berichtigung mit, die mir Druckschriften beizubringen erlauben. Sie bezieht sich infolgedessen nur auf einige Daten und Zahlen.

Zur Bildung eines Minderheitenblockes bei den Wahlen zum Sejm und Senat war es nicht erst nach 1926, nach dem Pilsudskiumsturz, gekommen, sondern bereits am 17. 8. 1922, da schon die von den damals vorherrschenden Rechtskreisen durchgesetzte Wahlordnung vom 28. 7. 1922 den kleinen Listen wenig Aussicht auf Erfolg geboten hatte.¹ Bei den Wahlen am 5. und 12. November 1922 hatten die Deutschen über die Liste des Minderheitenblocks (Nr. 16) 17 Mandate zum Sejm und 5 zum Senat errungen. Die Kadenz der im Jahre 1928 (4. u. 11. März) gewählten parlamentarischen Körperschaften hatte nicht bis 1933 gedauert, sondern infolge vorzeitiger Auflösung derselben durch den Staatspräsidenten nur bis zum 29. 8. 1930. In dieser Kadenz verfügten die Deutschen nicht nur über die von der Minderheitenblockliste (Nr. 18) gewählten 5 Senatoren und 19 Sejmaggeordneten, sondern darüber hinaus noch über weitere 2 Abgeordnete, da die von der „Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens“ (Nr. 2) in den Sejm gewählten Artur Kronig und Emil Zerbe (beide aus Lodz) unbedingt als Deutsche mitzuzählen sind, wengleich sie nicht mehr dem „Deutschen Parlamentarischen Klub“ angehörten, dessen Mitglieder sie noch in der vorigen Kadenz (1922—1927) gewesen waren.²

In dem im November 1930 gewählten Parlament waren die Deutschen nur noch mit 5 Abgeordneten und 3 Senatoren vertreten. Dieser Rückgang ist aber nicht auf eine Abänderung der Wahlordnung zurückzuführen, da eine solche erst am 8. 7. 1935 erfolgte. Die Gründe für den damaligen Rückgang lagen vielmehr erstens in dem verstärkten polnischen Druck und in verschiedenen Wahlmächenschaften, in der „Unterdrückung der Wahlfreiheit der deutschen Bevölkerung“³, die sogar zu einer von der deutschen Reichsregierung unterstützten Klage vor dem Völkerbundsrat

1) F. Wertheimer, Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland. 2. Aufl. Berlin 1930. S. 97.

2) a. a. O. S. 116 f.

3) H. v. Truhart, Schlußbilanz der deutschen Beschwerden in Genf. In: Nation und Staat, Jg. XI, Wien 1938. S. 609—615, S. 614.

geführt hatte. Zweitens stimmten die in verschiedene Parteien zersplitterten Ukrainer und Juden, die zu den Wahlen des Jahres 1930 einige Listen eingereicht hatten, im Gegensatz zu den Wahlgängen der Jahre 1922 und 1928 nur noch zum Teil für den Minderheitenblock. Drittens entfielen infolge des bedeutend stärker gewordenen Regierungslagers an sich schon weniger Mandate von der Staatsliste auf die anderen Parteien. Die 1935 abgeänderte Wahlordnung machte es dann bekanntlich den Deutschen vollkommen unmöglich, aus eigener Kraft parlamentarische Vertreter durchzubringen.

Die „Jungdeutsche Partei in Polen“ war nicht erst 1933, sondern bereits 1921 unter dem Namen „Deutscher nationalsozialistischer Verein für Polen“ gegründet und 1922 registriert worden. Diesen Namen änderte sie dann im Jahre 1931 in „Jungdeutsche Partei für Polen“ ab.⁴

Die deutsch-polnische Minderheitenerklärung wurde nicht in den Oktobertagen 1938 (Sudetenkrise!), sondern am 5. November 1937 verkündet.

Theodor Bierschenk

4) W. Schneider in: Der Aufbau. I. Kattowitz 1938. S. 5; O. Drozd, Bielitz als Geburtsstadt der Jungdeutschen Bewegung. In: Arbeit und Ehre, Jahrgang 1936. Posen. S. 90—92, S. 90, 92; Unsere Leitsätze. Hrsg. u. verl. v. d. Jungdeutschen Partei für Polen. Bielitz 1933. S. 26, 36 u. 52.

Besprechungen

Die schlesische Reihe. Werkhefte der Eichendorffgilde. Hrsg. von Rudolf Jokiel. Paul Pattloch Verlag Aschaffenburg.

Der Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreises treten mit ähnlichen Zielen und in einer etwas stattlicheren Aufmachung die „Werkhefte der Eichendorffgilde“ an die Seite, die seit 1948 unter dem Titel „Die schlesische Reihe“ erscheinen. Bisher liegen fünf Nummern vor, sieben weitere sind angekündigt. Wenn sich der Göttinger Arbeitskreis bisher mehr dem Nordosten widmete, so steht in der schlesischen Reihe der mittlere Osten im Vordergrund. Eine enge Beschränkung auf Schlesien ist aber vom Herausgeber nicht geplant. Sie wäre auch der Sache nach unmöglich.

Herausgeber ist Rudolf Jokiel, München. Er war von 1924 an als Schriftleiter in Schlesien tätig. Das Geleitwort, das er der Reihe in Heft 1 auf den Weg gibt, spricht von der doppelten Absicht: einmal den Vertriebenen das Köstlichste an der Heimat zu erhalten, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Eingebettetheits in eine lebendige Tradition, das Wissen von der historischen Leistung der Vorfahren und von ihrer im Brauchtum sich offenbarenden Wesensart, zum anderen aber auch den Eingewessenen in den west- und süddeutschen Aufnahmegebieten als Brücke zu besserem Verstehen zu dienen. Ein zweites Mal ergreift der Herausgeber in Heft 4 das Wort. Aus der langjährigen Erfahrung des Journalisten heraus sucht er den schlichten Ausführungen Joseph Gottschalks über die Missionierung des Ostens einigen „Glanz und Schimmer“ hinzuzufügen, tut dabei des Guten aber offensichtlich zuviel. Wir dürfen uns mit Becht